

Amnesty International Report 2021/22: NEPAL

Föderale Demokratische Republik Nepal

Staatsoberhaupt: Bidya Devi Bhandari

Regierungschef: Sher Bahadur Deuba (löste im Juli Khadga Prasad Sharma Oli ab)

Nach wie vor sind Bundesgesetze anhängig, die das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Privatsphäre einschränken, während verschiedene Provinzregierungen neue Gesetzesentwürfe erarbeitet haben, die die Medienfreiheit bedrohen. Demonstranten wurden festgenommen, und die Sicherheitskräfte gingen weiterhin mit unnötiger und übermäßiger Gewalt gegen Proteste vor. Die Regierung versäumte es, den Opfern des bewaffneten Konflikts von 1996 bis 2006 Gerechtigkeit, Wahrheit und Entschädigung zukommen zu lassen. Tausende starben an Covid-19, da es an lebenswichtiger Infrastruktur mangelte und die Regierung keine angemessenen Maßnahmen ergriff. Die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bestand in Gesetzen und in der Praxis weiter fort. Die Behörden versäumten es, glaubwürdige und unabhängige Untersuchungen zu diversen Todesfällen durchzuführen, die sich in Haft ereignet haben und wobei es sich zumeist um Angehörige marginalisierter Gesellschaftsteile handelte.

HINTERGRUND

Inmitten von Streitigkeiten innerhalb der Regierungspartei löste Premierminister Oli im Mai das Unterhaus des Parlaments auf. Im Juli setzte der Oberste Gerichtshof, der dies als "verfassungswidrigen Schritt" bezeichnete, das aufgelöste Unterhaus wieder ein und ordnete die Ernennung von Sher Bahadur Deuba zum neuen Premierminister an.

Im Oktober führten ungewöhnliche Regenfälle, die auf den Klimawandel zurückzuführen sind, zu Überschwemmungen und Erdbeben, die mehr als 100 Todesopfer forderten und mehr als 1.100 Familien vertrieben. Die Regenfälle beeinträchtigten die Lebensgrundlage von Landwirten und bedrohten die Ernährungssicherheit, indem mehr als 325.000 Tonnen Reis vernichtet wurden - die höchsten jemals verzeichneten Verluste. Die von der Regierung geleisteten Entlastungs- und Hilfsmaßnahmen waren unzureichend.

RECHT AUF FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG UND VERSAMMLUNGSFREIHEIT

Die Behörden wendeten weiterhin das Gesetz über elektronische Transaktionen von 2006 an, um Personen, darunter auch Journalisten, willkürlich zu verhaften. Sie nahmen insbesondere diejenigen ins Visier, die der Regierung und den Führungsspitzen der Regierungspartei kritisch gegenüberstanden.

Im Februar entwarf das Ministerium für Kommunikation und Informationstechnologie Richtlinien für soziale Medien, die der Regierung weitreichende Befugnisse zur Regulierung von Inhalten sozialer Medien und zur Kriminalisierung der Aktivitäten von Nutzern einräumen würden, einschließlich der Möglichkeit, Personen für das Liken, Teilen und Kommentieren von Beiträgen haftbar zu machen. Mehrere Gesetzesentwürfe, die das Recht auf freie Meinungsäußerung und Privatsphäre bedrohen, blieben im Bundesparlament anhängig, während die Provinzregierungen in den Provinzen Bagmati,

Gandaki und Lumbini Gesetzesentwürfe verfasst haben, die das Recht auf freie Meinungsäußerung , insbesondere die Medienfreiheit, einschränken würden.

Im Mai lud das Büro des Kanzlers des Obersten Gerichtshofs zwei Journalisten vor und setzte sie unter Druck, ihre Quellen preiszugeben und sich für ihre Berichterstattung über ein angebliches Treffen zwischen Premierminister Oli und dem Obersten Richter Cholendra Shumsher Rana zu entschuldigen.

Im Juni wurden 20 führende Vertreter_innen der Zivilgesellschaft festgenommen, als sie friedlich gegen die politische Einmischung in die Kommission für medizinische Ausbildung protestierten.

Im Oktober nahm die Polizei 13 Aktivist_innen fest, die friedlich eine unparteiische Untersuchung des Todes einer Frau und des Verschwindens einer weiteren Frau im Bezirk Banke forderten. Ruby Khan, eine der Demonstrant_innen, wurde von der Polizei unter dem Vorwurf der "Polygamie" festgenommen, bevor der Oberste Gerichtshof ihre Freilassung anordnete.

Ebenfalls im Oktober starben vier Männer, als Sicherheitskräfte das Feuer eröffneten, um Demonstrant_innen im Bezirk Rupandehi zu vertreiben.

RECHT AUF WAHRHEIT, GERECHTIGKEIT UND WIEDERGUTMACHUNG

Die Regierung hat es weiterhin versäumt, Zehntausenden von Opfern von Verbrechen gegen das Völkerrecht und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen, die während des bewaffneten Konflikts von 1996 bis 2006 begangen wurden, Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung zukommen zu lassen. Die Wahrheits- und Versöhnungskommission und die Kommission zur Untersuchung der Fälle des gewaltsamen Verschwindenlassens, die zusammen mehr als 60.000 bzw. 3.000 Beschwerden von Opfern entgegengenommen hatten, haben keinen einzigen Fall aufklären können. Zum Jahresende hatte die Regierung das Gesetz zur Untersuchung der Fälle des gewaltsamen Verschwindenlassens und zur Wahrheits- und Versöhnungskommission von 2014 noch immer nicht geändert, um es - wie es der Oberste Gerichtshof 2014 und 2015 angeordnet hatte - mit nepalesischen und internationalen Menschenrechtsstandards in Einklang zu bringen. Im Juli hat die Regierung die Amtszeit der beiden Kommissionen verlängert.

RECHT AUF GESUNDHEIT

Die zweite Welle von Covid-19, die im April begann, verursachte den Zusammenbruch des fragilen Gesundheitssystems des Landes und führte zu mehr als 7.000 Todesfällen. Verschärft wurde die Situation durch einen gravierenden Mangel an Impfstoffen, medizinischen Einrichtungen und lebenswichtigen Krankenhausartikeln wie Sauerstoff, Beatmungsgeräten und anderen lebensrettenden medizinischen Geräten sowie durch die unzureichende Vorbereitung der Regierung. Besonders Angehörige von marginalisierten Gruppen wie den Dalits und in Armut lebende Menschen, darunter auch Tagelöhner, waren von der sich verschlechternden sozioökonomischen Lage infolge der Pandemie und der damit verbundenen Einschränkungen betroffen.

FOLTER UND ANDERE MISSHANDLUNGEN

Folter und andere Misshandlungen in Untersuchungshaft waren weit verbreitet, um "Geständnisse" zu erpressen und die Gefangenen einzuschüchtern. Bis zum Ende des Jahres gab es noch keine Verurteilungen nach dem Strafgesetzbuch von 2017, das diese Praktiken unter Strafe stellt.

Im Laufe des Jahres wurden mehrere Todesfälle von Häftlingen gemeldet - zumeist von Personen aus marginalisierten Dalit- und Madhesi-Gruppen. Es wurden keine unabhängigen Ermittlungen durchgeführt.

Im Juli wurde Paltu Ravidas tot in der Toilette der Bezirkspolizeistelle Dhanusha aufgefunden, nachdem er von der Polizei festgenommen worden war. Im August wurde ein Polizeibeamter, der zum Zeitpunkt des Todes von Paltu Ravidas Dienst hatte, für sechs Monate suspendiert. Im September starb Bhim Kamat im Gewahrsam der Bezirkspolizei von Morang. Im Oktober starben Mohammad Hakim Sah und Dhan Bahadur Rana im Gewahrsam der Bezirkspolizei von Sunsari bzw. Kailali.

Die Regierung setzte die Empfehlungen der Nationalen Menschenrechtskommission (NHRC), die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen, nicht um. Im Juli beförderte die Regierung einen Polizeibeamten, den die NHRC wegen einer außergerichtlichen Tötung zur strafrechtlichen Verfolgung empfohlen hatte.

RECHTE INDIGENER VÖLKER

Die Regierung hat es versäumt, den National Parks and Wildlife Conservation Act von 1973, der nicht den internationalen Standards entspricht, zu reformieren. Indigene Völker, die bei der Einrichtung von Nationalparks und Schutzgebieten von ihrem angestammten Land vertrieben wurden, blieben landlos und lebten weiterhin in informellen Siedlungen, wo sie Gefahr liefen, erneut vertrieben zu werden. Die Behörden gestatteten ihnen weder die Rückkehr, noch boten sie ihnen alternatives Land und eine andere Lebensgrundlage, eine Kompensation oder Zugang zu Schutzgebieten zum Fischen, Weiden und Sammeln von Nahrungsmitteln, Heilkräutern und Brennholz. Landwirt_innen, deren Ländereien durch die Änderung des Flusslaufs des Geruwa innerhalb der Grenzen des Bardiya-Nationalparks lagen, wurde auch drei Jahrzehnte später der Zugang zu ihrem Land verwehrt.

DISKRIMINIERUNG AUFGRUND DES GESCHLECHTS

Geschlechtsspezifische Diskriminierung bestand weiterhin fort, und die Regierung hat die Verfassungsbestimmungen, die den Frauen gleiche Bürgerrechte verwehren, nicht reformiert. Die restriktive Bestimmung über die Verjährung von Vergewaltigungen im Strafgesetzbuch ermöglichte den Tätern weiterhin Straffreiheit.

Im Februar schlug das Einwanderungsministerium vor, eine Regelung einzuführen, wonach Frauen unter 40 Jahren vor Auslandsreisen die Erlaubnis ihrer Familien und eine Empfehlung der örtlichen Regierung einholen müssen. In Folge einer weitreichenden öffentlichen Kritik stellte das Einwanderungsministerium klar, dass diese Bestimmung, die zur Verhinderung des Menschenhandels vorgeschlagen worden war, nur für Frauen gelten würde, die zum ersten Mal in die Golfstaaten und nach Afrika reisen. Bis zum Ende des Jahres war die Regelung noch nicht in Kraft getreten.